

# Großenhainer Unterhaltungs- und Anzeigebblatt.

Erscheinen:  
Dienstag, Donnerstag und  
Sonntags  
mit Ausschluß der Feiertage.

Abonnement:  
Vierteljährlich 10 Ngr.

Inseratenpreis:  
Für den Raum einer Spalte  
je 1 Ngr.

Inseratenannahme:  
Bis Tags vorher spätestens  
früh 10 Uhr.

## Amtsblatt

des Königl. Gerichtsamts und Stadtraths zu Großhain.

Redaction, Druck und Verlag von Herrmann Starke in Großhain.

N<sup>o</sup>. 60.

Dienstag, den 27. Mai

1873.

### Bekanntmachung,

die Wahl eines außerordentlichen Mitgliedes des Landes-Medicinal-Collegiums betr.

Da am 1. Juni dieses Jahres Herr Dr. med. Weickert in Freiberg regulativmäßig als außerordentliches Mitglied des Landes-Medicinal-Collegiums ausscheidet, so ist eine **Neuwahl** erforderlich.

Unter Hinweis auf das Regulativ vom 29. Mai 1872 werden daher **alle Mitglieder des ärztlichen Kreisvereins im Regierungsbezirk Dresden** aufgefordert, sich an dieser Wahl zu betheiligen und dabei die gesetzlich bestimmten Formalitäten genau zu beobachten.

Die **Stimmzettel** sind von den Abstimmenden eigenhändig zu schreiben und entweder mit Vor- und Zunamen unterzeichnet oder auf der Adresse eines geschlossenen Converts mit der Angabe „Wahlzettel des N. N. zu N. N.“ versehen bis spätestens

**Sonntags, den 21. Juni 1873, Nachmittags 2 Uhr,**

postfrei an die **Canzlei der Königl. Kreis-Direction zu Dresden** einzusenden.

Alle nach Ablauf dieses Termines eingehenden Stimmzettel bleiben unberücksichtigt und werden uneröffnet vernichtet.

Dresden, den 15. Mai 1873.

Der mit der Leitung der Wahl beauftragte Medicinalbeisitzer der Königl. Kreis-Direction.

**Medicinalrath Dr. Erdmann.**

### Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Gerichtsamte soll das zum Nachlasse des Häuslers und Brenners Ernst Eduard Hennig gehörige Hausgrundstück, Cat.-Nr. 60B. zu Zabelitz, Zel. 186 des dasigen Hypothekenbuchs, Zurb.-Nr. 63, welches mit 18,88 Steuereinheiten belegt ist, O. 03 Nr. 32 □ M. umfaßt und ortsgerechtlich auf 450 Thlr. geschätzt worden ist, erbtheilungshalber

**den 12. Juni 1873 Mittags 12 Uhr**

freiwilliger Weise versteigert werden, was mit dem Bemerkten, daß die Versteigerungsbedingungen den am hiesigen Amtshause und in der Zabelitzer Schänke aushängenden Anschlägen beigelegt sind, hiermit bekannt gemacht wird.

Großhain, am 21. Mai 1873.

**Das Königl. Gerichtsamt.**

**Weymann.**

**Vornemann, Ass.**

### Bekanntmachung.

Nachdem von den beiden städtischen Collegien beschlossen worden, das hiesige Stadtgebiet in zwei Straßenwärterbezirke zu theilen, ist ein zweiter Straßenwärter anzustellen. Derselbe soll einen Wochenlohn von drei Thalern erhalten. Zur Bewerbung um diesen Posten eines Straßenwärters wird hierdurch aufgefordert.

Großhain, am 16. Mai 1873.

**Der Stadtrath.**

**Kunze.**

### Politische Weltanschauung.

Die Wiedereröffnung der französischen Nationalversammlung ist unter sehr ernsten Umständen erfolgt. Frankreichs politischer Horizont hat sich schwarz umwölkt und die Wettergläser deuten auf Sturm und Gewitter. Dem Präsidenten der Republik gelang es nicht einmal, den feindlichen Parteien innerhalb seines Cabinets einen vorläufigen Waffenstillstand aufzuerlegen, denn die Ministerfraktion, welche er bis nach Eröffnung der Nationalversammlung zu verschieben wünschte, kam früher zum Ausbruch und führte zu einer Neubildung des Ministeriums, die weder rechts noch links befriedigt. Die Rechte ist über das Ausscheiden Genard's, die Linke über die Entlassung Simon's erbittert. Nur das linke Centrum hat einige Ursache zur Zufriedenheit, da es bei Vertheilung der Aemter den Löwenanteil erhielt. Aber auch diese Freude ist einigermassen dadurch vergällt, weil das rechte Centrum mehrere wichtige Posten im Cabinet inne hat. Wie wenig aber die Parteien geneigt sind, ein sich auf die beiden Centren stützendes Ministerium zu ertragen, zeigte sich gleich bei der Eröffnungssitzung. Rechte und rechtes Centrum richteten eine Interpellation an die Regierung, deren Absicht auf die Forderung eines einheitlichen conservativen Ministeriums hinausläuft. Als Antwort hierauf beantragte die Linke, daß binnen vierzehn Tagen die Nationalversammlung den Termin ihrer Auflösung festsetze. Gleichzeitig protestirte dieselbe gegen die Verathung der constitutionellen Gesetze, welche Thiers der Versammlung vorlegen ließ. Was soll zwischen diesen beiden Parteien, zwischen Tiger und Löwe, aus den armen Gesetzentwürfen des Präsidenten werden? Doch diese Frage steht vorläufig noch in zweiter Linie. Die Rechte setzte zunächst durch, daß ihre Interpellation am vorigen Freitag zur Verathung kam. Während dabei Herzog v. Broglie die heftigsten Angriffe gegen die Regierung richtete, ja sie geradezu als eine Concession an die Radicals bezeichnete, erklärte Justizminister Dufaure, daß die Regierung jetzt den entscheidenden Augenblick für gekommen halte, die Anerkennung der republikanischen Regierungsform auszusprechen. (Rechts wilder Lärm; links tobender Beifall.) Eine Botschaft des Präsidenten Thiers, in welcher derselbe um Gehör bei der Versammlung nachsuchte, beschwichtigte endlich die erhitzen Gemüther und veranlaßte die Vertagung der Sitzung bis Sonntags. An diesem Tage ergriff nun Thiers selbst das Wort und erinnerte daran, daß er nicht nach der höchsten Gewalt gestrebt und daß er bei deren Ausübung die bittersten Erfahrungen ertragen habe. Die Ansichten über die Regierungsform gingen auseinander. Die Einen wollten die Monarchie, die Andern die Republik; diese Verschiedenheit der Ansichten sei der Kernpunkt der gegenwärtigen Debatte. Die Republik habe eine große Majorität in den Massen. Zur Fernhaltung von Unordnungen bedürfe es einer starken, nicht aber einer Partei-Regierung. „Unsere Politik“, fuhr Thiers fort, „hat den Sieg über die Commune, den außerordentlichen Erfolg unserer National-Anleihe, die fast vollständige Befreiung des französischen Bodens von der Occupation, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung als Resultate zu verzeichnen, eine Politik des Parteikampfes würde solche Ergebnisse nicht erzielt haben. Die Fortdauer des gegenwärtigen provisorischen Zustandes führt zu den größten Unzuträglichkeiten.“ Im Weiteren erklärte der Präsident, er habe sich aus Nothwendigkeit für die republikanische Regierungsform entschieden, denn eine monarchische Regierung sei thatsächlich unmöglich, weil es nur einen Thron und drei Bewerber um denselben gebe. Die Politik der Regierung sei eine wesentlich con-

servative und verfolge vor Allem das Ziel, den Interessen des Landes möglichst gerecht zu werden. Fern von Extremen verlange sie von der einen Partei das Opfer, für die Republik zu stimmen, während sie an die andere Partei das Verlangen stelle, die Nationalversammlung so lange tagen zu lassen, als nöthig sei, um Gesetze zu schaffen, welche die Republik organisiren. Nachdem Thiers dann noch den Eindruck der letzten Wahlen abgeschwächt und vor Dictaturen gewarnt hatte, schloß er seine Rede mit folgenden Worten: „Wenn mir der Herzog von Broglie den Vorwurf gemacht hat, daß ich die Radicals unter meinen Schutz nehme, so muß ich ihm erwidern, daß er seinerseits eine Schutzherrschaft übernommen hat, welche er ehedem mit Abscheu zurückgewiesen haben würde, nämlich die Schutzherrschaft über das Kaiserthum.“ (Lebhafter Beifall der Linken.) Die Sitzung ward hierauf zwei Stunden vertagt. Nach der Wiederaufnahme derselben am Sonntags Nachmittage sprach der Minister des Innern ganz im Sinne des Präsidenten Thiers, sowie des Justizministers Dufaure. Daraus beantragte ein Mitglied der Rechten (Ernoult) folgende Tagesordnung: „In Erwägung, daß die Form der Regierung nicht zur Verathung steht, und daß es darauf ankommt, das Land dadurch zu beruhigen, daß eine entschiedene conservatieve Politik durchgehend zur Geltung gebracht wird — spricht die Nationalversammlung ihr Bedauern aus, daß die neuerlichen Veränderungen im Ministerium den conservativen Interessen diejenige Genugthuung nicht gewährt haben, welche sie zu erwarten berechtigt war.“ Dem Justizminister Dufaure wurde dagegen eine von der Regierung acceptirte einfache Tagesordnung beantragt. Bei der Abstimmung verwarf die Nationalversammlung mit 362 gegen 348 Stimmen die von Dufaure beantragte einfache Tagesordnung und bereitete somit der Regierung eine eclatante Niederlage. (Große Sensation.) **Präsident Thiers sowie das gesammte Cabinet gaben hierauf ihre Entlassung.** Die Nationalversammlung wählte an Thiers' Stelle den Bonapartisten **Mac Mahon** mit 300 Stimmen. Die gesammte Linke enthielt sich der Abstimmung. Mac Mahon nahm die Wahl an. Die Würfel sind also gefallen. Frankreich geht traurigen Ereignissen entgegen.

Aus Spanien kommen wieder neue Berichte über Carlismenkämpfe; in einer Schlacht (?) bei Puerta de Craul erlangen die Carlisten einen Erfolg, der ihnen jedoch schon wieder von den Regierungstruppen verleidet werden sein soll. Don Carlos will sich übrigens jetzt à la Ducrot an die Spitze seiner Bande stellen, um „zu siegen oder zu fallen.“ Wie schön, wenn er wenigstens das Letztere zur Wahrheit machte.

In Italien gilt das Zustandekommen des ganzen Klostergesetzes und damit das Verbleiben des Ministeriums für gesichert, nachdem die Annahme des Art. 2 über die Ordensgeneralate erfolgt ist. In Oesterreich scheint man über die Rettungsmaßregeln der Regierung der großen Börsen-Platte gegenüber doch auch stutzig zu werden. Diese Staatshilfe zu Gunsten des Speculationschwindsels, diese lustige Staatsbanknoten-Ausgabe, welche den alten Jammer der Papierzettelzeit wieder heraufbeschwört und das Agio für Silber emportreibt — leichtsinnig genug nimmt sich diese Staatsweisheit wahrhaftig aus! Dabei stürzt noch immer, was stürzen kann. Die Zahl der Börsenbesucher ist im buchstäblichen Sinne des Wortes decimirt und unter den mit ihrem guten Namen Begrabenen befinden sich Männer, welche in der Geschäftswelt weit mehr Vertrauen und weit mehr Achtung genossen haben, als die Banker, welche gleichzeitig mit ihnen zu den

Todten gegangen sind. Die Summe der in den Abgrund der Differenzen geworfenen Beträge taxirt man bis jetzt weit über 20 Millionen Gulden.

Der deutsche Reichstag vertauschte vorige Woche die Schwüle des Parlaments mit der frischen Seelust von Bremen nach Wilhelmshafen. Der Telegraph hat bereits über diesen von der Reichsregierung arrangirten Ausflug ziemlich ausführliche Berichte gebracht, auf die wir hier nicht näher zurückkommen. Neben dieser Partie erlebte der Reichstag mehrere Petitionen und trat am Sonntags in die zweite Verathung über den Gesetzentwurf wegen der Kriegsteilnehmungen.

In voriger Woche schloß die erste Legislaturperiode des preussischen Landtags. Die Ergebnisse der letzten Sitzungsperiode sind hoch erfreulich. Die Kreisordnung, die kirchlichen Gesetze, die Regulirung der Klassensteuer, die Erbschaftsteuer, die Modification der Stempelabgaben, die Verbesserung der Stellung der Staatsbeamten, die Erweiterung des Eisenbahnnetzes — dies Alles sind friedliche Errungenschaften von Bedeutung, die dem Gemeinwohl in ersprießlicher Weise zu Gute kommen werden. Eine andere Errungenschaft wird das Volk mit nicht minder großem Interesse begrüßen, nämlich, daß zum ersten Male in dieser Session ein Minister (Hegenlotz) durch einen parlamentarischen Angriff aus dem Sattel gehoben und ein hoher Beamter, der von jeher der Schildknappe der Reaction gewesen, durch eben diesen Angriff zum ruhmlosen Fall gebracht wurde. Hohe Beamte fallen zwar wie Butterbrode gewöhnlich auf die gute Seite, Herr Wagener aber mag fallen, wie er will, die Hauptsache ist, daß er fällt und daß er durch einen parlamentarischen Angriff fällt. Diese Thatsache begründet ein Präjudiz für die Zukunft.

### Tage Nachrichten.

**Sachsen.** Wie das „Dr. 3.“ mittheilt, ist nach den am 24. Mai aus Gms in Dresden eingegangenen Nachrichten das Befinden Sr. Majestät des Königs fortdauernd ein vollkommen befriedigendes.

Zur Herstellung billiger Wohnungen, namentlich für Arbeiter, hat sich in Planen i. V. ein Bauverein constituirt; 70 Procent des nöthigen Capitals sind bereits eingezahlt, vier zweistöckige Häuser mit je drei Familienwohnungen bereits unter Dach gebracht, während zu zwei anderen der Grund gelegt wird.

**Preußen.** Der Fürstbischof von Breslau hat in beispielloser Ueberstürzung den Domherrn Frhrn. v. Richthofen noch am 15. Mai, also am Tage seiner Loslösung von den vaticanischen Decreten, mit Uebergehung aller canonischen Form, ohne Remission, ohne Suspension, ohne peremptorische Frist u. sofort für excommunicirt, degradirt und unter Zurückforderung der päpstlichen Bestallung des Kanonikates verlustig erklärt. Man vermuthet, daß der Fürstbischof durch dieses summarische Verfahren der Wirkung der eben erst publicirten kirchenpolitischen Gesetze noch zuvorzukommen hofft, was ihm aber bei einem vom König ernannten Domherrn denn doch mißlingen dürfte, da dieser auch ohne die kirchenpolitischen Gesetze gegen solche Vergewaltigung Schutz finden werde.

**Oesterreich.** Der König der Belgier ist am 23. Mai in Wien eingetroffen, während der Prinz von Wales am 22. Mai Wien verlassen hat. — Die Weltausstellung wurde am 21. Mai von 15,791 Personen, darunter 7185 Zahlende, und am nächsten Tage von 27,193 Personen, darunter 18,320 Zahlende, besucht.

In Schlesien ist infolge eines Wolkenbruchs durch Ueberfluthungen großer Schaden angerichtet worden.